

BESCHLUSS

des Bundesvorstandes der FDP, Berlin, 6. Juni 2016

Mehr Einsatz für die Menschenrechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender und Intersexuellen in der internationalen Zusammenarbeit zeigen

Weltweit werden Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und/oder geschlechtlichen Identität diskriminiert und verfolgt. Es ist eine Aufgabe der internationalen Menschenrechtsarbeit sicherzustellen, dass auch Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender und Intersexuelle (verkürzt mit dem englischen LGBTI) respektiert werden.

Die **deutsche Außenpolitik** muss darauf hinwirken, dass weltweit Diskriminierung und Verfolgung von LGBTI-Personen beendet wird. Dazu

- sollen Fragen zum Respekt der Menschenrechte von LGBTI in bestehende und neu initiierte Menschenrechtsdialoge mit anderen Ländern eingebunden werden
- soll Deutschland international die Initiative für Projekte und Positionen betreffend der Menschenrechte von LGBTI ergreifen oder die Initiativen anderer Länder unterstützen
- sollen alle deutschen Botschaften und Konsulate weiterhin über die Situation von LGBTI berichten

Im Zuge einer **wertegebundenen wirtschaftlichen Zusammenarbeit** mit Schwellen- und Entwicklungsländern fordern wir:

- Regierungen, die Strafen gegen LGBTI nicht abbauen, sondern verschärfen, müssen mit Kürzungen bis Einstellungen der Entwicklungszusammenarbeit rechnen. Dabei muss insbesondere die allgemeine Budgethilfe gestrichen werden
- Projekte zum Capacity Building und zur Selbstorganisation von LGTBI sollen fortgeführt werden
- der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Müller muss sein Schweigen zu Menschenrechtsfragen beenden und die deutsche Entwicklungszusammenarbeit wieder in den Dienst der Menschenrechte, auch von LGBTI, stellen

LGBTI müssen oft die **Flucht aus ihren Heimatländern** ergreifen. Sie riskieren auch während der Flucht oder bei der Ankunft in aufnehmenden Ländern, weiter diskriminiert zu werden.

Deshalb müssen

- alle EU-Länder eine Verfolgung wegen sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität als Fluchtgrund aus Ländern anerkennen, wobei dies auch während des Asyl-Verfahrens vorgetragen und berücksichtigt werden können muss

- betreuendes Personal und Offizielle in Flüchtlingslagern und aufnehmenden Ländern darin geschult sein, für LGBTI zu sensibilisieren, entsprechende Gespräche mit LGBTI zu führen, über die Rechtslage zu informieren und für Ihren Schutz zu sorgen

Innerhalb der **Europäischen Union** bestehen nach wie vor höchst unterschiedliche rechtliche Situationen für LGBTI. Wir fordern, dass

- einheitlich in allen Ländern der EU alle Formen der Diskriminierung abgeschafft werden
- bei allen EU-Beitrittskandidaten eine zügige rechtliche Gleichstellung von Lesben, Schwulen und Bisexuellen sowie ein angemessener Rechtsrahmen für Inter- und Transsexuelle eingefordert wird

Die **Anliegen und Rechte von trans- und intersexuellen Menschen** bleiben noch unsichtbarer als die von Lesben, Schwulen und Bisexuellen. Wir fordern, dass

- ihre gesellschaftliche und rechtliche Situation in den Menschenrechtsdialog einbezogen wird
- international darauf eingewirkt wird, dass geschlechtsangleichende Operationen künftig weiter von den nationalen Gesundheitssystemen finanziert werden, auch wenn die WHO Transsexualität seit kurzem nicht mehr als Krankheit definiert